

SED bezahlt die Warschauer Versöhnung

Die Hintergründe eines Ostberliner „Staatsbesuches“

Ostberlin stand in der vergangenen Woche im Mittelpunkt eines Treffens von polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Regierungsfunktionären. Die Sache wurde als „Freundschaftsbesuch“ deklariert, und man überbot sich in entsprechenden Gesten. Man malte das Gespenst des „westdeutschen Militarismus und Revanchismus“ an die Wand, sprach sehr viel von einer Atomwaffenstationierung und pries demgegenüber die friedliche, ganz andersartige Zusammenarbeit volksdemokratischer Staaten. Mit keinem einzigen Wort aber erwähnte man den tatsächlichen Zweck dieser Zusammenkunft: Die von den Sowjets geforderte Festigung des aus den Fugen geratenen Warschauer Paktes und den Kuhhandel um die Wiederaufnahme der polnischen Kohlleieferungen.

Worum ging es denn? Die drei „Parlamentsdelegationen“ waren das letzte Mal im Dezember 1954 in Prag zusammengekommen, um die Struktur des Warschauer Paktsystems festzulegen. Der Pakt kam zustande, weil die an ihm Interessierten dadurch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Pariser Verträge durchkreuzen wollten. Tatsächlich war der Warschauer Pakt nur noch die Fixierung eines Zustandes, der seit langem bestand und durch den die Verteidigungsbestrebungen der westlichen Welt erst notwendig geworden waren.

Das „Industrie-Dreieck“

Neben den militärischen Paktabmachungen stand damals die wirtschaftliche Koordinierung dieser drei Länder. Schon 1949 sprach man von einem „Industrie-Dreieck“, das dem Warschauer Pakt das ökonomische Rückgrat geben sollte: Dort, wo Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetzone zusammentießen, sollte ein Industriezentrum entstehen, eine Art östlichen Ruhrgebietes, Rüstungszentrum des gesamten Ostblocks.

Zu diesem Zweck fanden bis in den Herbst 1955 Koordinierungsbesprechungen statt. Man begann, die Produktionskräfte solcher Hüttenkombinate wie Stalinstadt und Nowa Huta zusammenzulegen, es gab tsche-

choslowakisch-sowjetzonalen Produktionen im Maschinenbau, im Automobilbau und in der Grundstoffindustrie. Im Sommer 1956 war man endlich soweit, konkrete Pläne für das „Industriedreieck“ auszuarbeiten. Da kam die ungarische Revolution, und der Umsturz in Polen brachte den ganzen Warschauer Pakt in Gefahr.

Ein „Kohlenhandel“

Plötzlich scheiterte das ganze Riesenprojekt an der simplen Kohlenfrage. Die Sowjetzone hatte versprochen, den Hauptanteil der Energieversorgung des neuen Industriezentrums zu übernehmen, wenn Polen dafür die ostdeutsche Steinkohlenversorgung garantieren würde.

Die Tschechoslowaken wollten andere sowjetzonale Produktionszweige entlasten, wofür die SED Bergbau- und Energiemaschinen an Polen zu liefern hatte. Nun stellten die Polen auf einmal die Steinkohlleieferungen an den Ostblock ein, alle gegenseitigen Abmachungen wurden annulliert und das Projekt „Industrie-Dreieck“ ging zu den Akten.

Die Sowjets hatten damit einen schweren Schlag erlitten. Nun mußten sie einspringen, immer neue Rubelkredite waren in den Ostblock hineinzupumpen, um die militärische und rüstungswirtschaftliche Macht der Warschauer Paktstaaten

aufrechtzuerhalten. Bis Moskau den betreffenden Ländern Anfang dieses Jahres erklärte: Entweder ihr realisiert die im Warschauer Pakt beschlossenen Großbauvorhaben, oder wir stellen unsere Unterstützung auf anderen Gebieten ein! Nun beschwor man die Warschauer Regierung, zu den alten Abmachungen zurückzukehren. Sagten die Polen: Einverstanden, wir liefern Steinkohle, wenn ihr uns dafür eine Braunkohlenindustrie aufbaut! Beschloß der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“: Die Sowjetzone als „Braunkohlen-Spezialist“ wird diese Aufgabe übernehmen! Und der große Kohlenhandel begann...

Die SED muß zahlen

Die SED erhielt den Auftrag, von der an sie abgezweigten Sowjethilfe 400 Millionen Rubel als Kredit an Polen zu vergeben. Für dieses Geld muß die Sowjetzone fünf große polnische Braunkohlevorkommen erschließen. Dafür wird Warschau wieder Steinkohle an Prag und Pankow liefern. Man ist genauso weit wie 1954, nur daß die SED — die man jetzt offen zum Hauptschuldigen an Warschauer Familienstreit erklärt — ihre Torheiten vom letzten Herbst mit 400 Millionen Rubel bezahlen muß.

Der Ostberliner „Staatsbesuch“ war das Siegel unter diesen Kohlenhandel. Die Polen, die den Ausbau ihrer eigenen Braunkohlenindustrie sträflich vernachlässigt haben, holen das Versäumte nun mit sowjetzonalen Geldern nach. Die Tschechen, die sich im letzten Oktober wohlweislich zurückgehalten haben, kommen ohne finanzielle Bußen weg, und die SED hat die Genugtuung, diese volksdemokratische „Versöhnung“ mit harten Rubeln bezahlen zu dürfen.

Das Ärgernis der Welt

DT. Der Bundestag hat nach langer Zeit wieder einmal das gewonnen, was man eine „gute Presse“ nennt. Die öffentliche Meinung zeigt sich, nachdem sie in der Vorhölle des Wahlkampfes bereits manche bittere Erfahrung gemacht hatte, von der Disziplin und Sachlichkeit beeindruckt, mit der er das atomare Problem als eine Schicksalsfrage Deutschlands und der ganzen Welt erörtert hat. Er wird dafür mit Recht gelobt. Daß er diese Anerkennung verdient, das ist um so erfreulicher, als der Atomstreit als Thema Nr. 1 bereits die Tribünen des Wahlkampfes zu erobern begann.

In der grundsätzlichen Einstellung zu den Atomwaffen und ihren Gefahren bestehe zwischen Regierung und Opposition eine weitgehende Übereinstimmung. Schluß mit den Atombomben-Versuchen! Fort überhaupt mit dem „Teufelszeug“ durch eine kontrollierte Abrüstung! Das ist der Ruf aller, und zwar nicht nur in Deutschland. Der deutsche Streit beginnt eigentlich erst an der Frage, wie sich die Bundesrepublik verhalten soll, wenn eine Abrüstung in absehbarer Zeit nicht erreichbar sein würde. Er setzt schon vorher an der Forderung der SPD ein, daß die Bundesrepublik ohne Rücksicht auf den Ausgang der Abrüstungsverhandlungen bereits heute endgültig auf eine atomare Ausrüstung verzichten und die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf ihrem Gebiet verweigern soll.

Die Lösung der großen Probleme, die heute die Welt bedrängen, wäre jedoch viel leichter, wenn der Osten und der Westen sich nur als zwei technisch verschiedene Staats- und Gesellschaftsordnungen oder nur als gegnerische Machtsysteme gegenüberstünden. Denn Macht läßt sich durch Macht begrenzen und durch Abrüstung neutralisieren. In Wirklichkeit aber handelt es sich, wie Professor Röpke dieser Tage richtig darlegte, um zwei verschiedene

Moralsysteme, von denen das eine, das kommunistische, den Untergang des anderen programmatisch erstrebt und ständig prophezeit. Die Macht rechnet schließlich nüchtern, wenn sie nicht in den Händen eines Besessenen liegt, wie Hitler einer war. Die auf reiner Nützlichkeitsmoral beruhende aggressive Ideologie dagegen rechnet nicht, sondern drängt und treibt zur Ausbreitung auf allen oberirdischen und unterirdischen Wegen, die ihr zugänglich sind. Die vom Kreml leider noch verkörperte Einheit beider, der weltpolitischen Macht und der aggressiven Ideologie, ist das große Ärgernis der Welt, an der bisher alle Bemühungen um Ausgleich und Verständigung gescheitert sind. Sie ist ein flagranter Verstoß gegen die von Moskau selbst gepredigte Koexistenz.

Solange dieser Widerspruch besteht und nicht durch Handlungen guten Willens und Verzicht auf weltrevolutionäre Ziele überwunden ist, wird es sehr schwer sein, zu dem Vertrauen zu gelangen, das einer echten Entspannung vorausgehen muß. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein geduldiges, in kleinen Schritten vorwärts führendes Verhandeln des Westens mit Moskau ebenso notwendig wie die Wahrung seiner auf modernsten Kampfmitteln beruhenden militärischen Stärke. Wir selbst müssen in der atomaren Atmosphäre, die heute die weltpolitische Entwicklung kennzeichnet, dem Rat Dr. Gerstenmaiers folgen und der Angst widerstehen. In ihr liegt nämlich die Gefahr, daß sie uns zu falschen Alternativen verführt. Von ihnen sprach der Europäer Spaak dieser Tage, als er sich gegen die dem Denken schimpflicher Kollaboration entlehnte Auffassung wandte, daß es besser sei, ein lebender Sklave der Sowjets als ein toter Freiheitskämpfer zu sein. Mit den Mitteln einer friedlichen Politik dafür zu bürgen, daß die Deutschen und die Europäer weder das eine noch das andere werden, das ist die dritte und alleingültige Alternative. Sie kennzeichnet zugleich das Ziel, dem die Politik der Bundesregierung aufrichtig dient.

Das Junktim bleibt

DT. Berichte deutscher Zeitungen aus Washington, daß Präsident Eisenhower den Kurs der amerikanischen Politik ändere, und zwar derart, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr Bedingung für die Abrüstung sei, haben einen Wirbel von Erklärungen und Gegenerklärungen, von Befürchtungen und Beschwichtigungen ausgelöst. Die Berichte haben die Behauptung zum Inhalt, daß die USA in den Londoner Abrüstungsverhandlungen demnächst eine „entmilitarisierte Zone“ vorschlagen werden, deren Achse auf deutschem Gebiet läge. Ein Kurswechsel wird darin gesehen, daß Washington mit einem solchen Vorschlag den Standpunkt verlasse, der bisher auch ein beschränktes Abrüstungsabkommen mit Moskau von politischen Regelungen und vor allem von der deutschen Wiedervereinigung abhängig gemacht habe. Diese Folgerung ist fragwürdig und sogar falsch. Sie ist es deshalb, weil ihre Voraussetzung nicht zutrifft.

Abrüstung in Phasen

Alle Bemühungen um die Abrüstung sind seit Jahren darauf gerichtet, einen wenn auch bescheidenen Anfang zu finden und von ihm aus das weitere Vorgehen in fortschreitenden Phasen zu entwickeln. Der vor genau einem Jahre dem Londoner Abrüstungsausschuß vorgelegte britisch-französische Plan z. B. sah drei verschiedene Phasen vor, deren erste bereits wichtige Maßnahmen enthielt ohne daß die Frage der Wiedervereinigung aufgeworfen werden sollte. Die politischen Streitfragen sollten vielmehr jeweils im Übergang von der ersten zur zweiten oder von der zweiten zur dritten Phase in der Weise behandelt werden, daß zu prüfen und zu beschließen war, ob das notwendige gegenseitige Vertrauen bestünde, um den Übergang zur nächsten Phase zu rechtfertigen. Hier war ein Junktim zwischen der Abrüstung und der deutschen Wiedervereinigung geschaffen, ohne deren Verwirklichung die zweite oder wenigstens die letzte Phase nicht zur Durchführung gelangen sollte.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

„Eigentum macht unabhängig“

Die zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft

Hamburg (Eigenmeldung). Die Schaffung einer neuen gefestigten Gesellschaftsordnung auf der Grundlage persönlichen Kapitaleigentums des Staatsbürgers stand am Dienstag im Mittelpunkt der Referate und der Diskussion des CDU-Parteitages in Hamburg. Unter dem Stichwort „Wohlstand für alle“ kündigte Wirtschaftsminister Erhard eine zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft an. Wohlstand, so sagte Prof. Erhard, solle jetzt dem einzelnen nicht nur Befreiung von materieller Not bringen, sondern ein neues Lebensgefühl wecken.

Mit einer scharfen Abgrenzung gegen die sozialistischen Vorschläge, die er als eine „Politik der Strafe“ bezeichnete, trat Erhard für eine immer stärkere Verbreiterung der privaten Eigentumsbildung auch an Produktionsmitteln ein. Das Staatsvermögen in der Wirtschaft, das für den Staatsbürger „keinen Pfifferling wert“ sei, sondern nur eine Abhängigkeit vom Staat „bis zum Zustand der Sklaverei“ vermehre, müsse abgeschafft und in Privateigentum umgewandelt werden.

Dulles: Nicht auf deutsche Kosten

Kein Abrüstungsabkommen auf der Basis der Teilung

Washington/London/Paris (AP/DPA). Die sensationellen Berichte über einen Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik in der deutschen Frage haben offizielle Erklärungen ausgelöst. In Washington stellte Außenminister Dulles mit Nachdruck fest, die amerikanische Regierung würde unter keinen Umständen einem Abrüstungsabkommen zustimmen, das auf der Teilung Deutschlands beruhe. In London erklärte ein Sprecher des britischen Außenministeriums, es würden keine Abrüstungsbeschlüsse über Deutschlands Kopf hinweg getroffen werden. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums teilte mit, dem französischen Botschafter in Washington sei am Montag ausdrücklich versichert worden, daß die amerikanische Regierung an dem bisherigen Grundsatz einer Koppelung der Wiedervereinigungsfrage mit einem Abrüstungsabkommen festhalte.

Außenminister Dulles war auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz einem wahren Kreuzfeuer von Fragen über das Problem Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung ausgesetzt. Die weitaus meisten Fragen bezogen sich auf diesen Komplex. Dulles dementierte energisch, daß die USA bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen die Errichtung einer neutralisierten

oder entmilitarisierten Zone in Europa angeregt hätten und betonte, daß die USA keiner Abrüstungsvereinbarung auf deutsche Kosten zustimmen würden. In allen diesen Fragen würde die amerikanische Regierung aufs engste mit Bundeskanzler Adenauer und der Bundesregierung zusammenarbeiten.

Die USA befassten sich, wie Dulles weiter mitteilte, nicht mit der Frage der Bildung einer entmilitarisierten Zone, sondern lediglich mit dem Plan einer Inspektionszone; aber auch hier denke man in erster Linie nicht an Europa, sondern beispielsweise an die Arktis, an Alaska und Sibirien, weil es dort keine komplizierten politischen Probleme gebe. Auch Rüstungskontrollen in diesen Gebieten könnten bereits zu einer gewissen Entspannung führen, da diese Gebiete ebenfalls als Ausgangsbasen für Atomangriffe der Großmächte gegeneinander in Betracht kommen könnten.

Keine Neutralisierung

Die Bildung einer Inspektionszone in Europa würde nach den Worten von Dulles dagegen wegen der Vielzahl von Staaten, die hierdurch betroffen würden, beträchtliche politische Probleme aufwerfen. Trotz dieser Schwierigkeiten sei aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein solches Abkommen auch über Europa zustande käme.

Dulles betonte im Verlauf seiner Pressekonferenz wiederholt, daß die USA im Augenblick keinerlei Pläne für die Bildung neutralisierter Zonen in Deutschland oder anderswo in Betracht zögen.

Im einzelnen teilte Erhard über die neuen Pläne mit: Das Gesetz über die Privatisierung des Volkswagenwerks soll nicht nur über die bisher ungeklärten Besitzverhältnisse an diesem Unternehmen entscheiden, sondern auch die Bildung größerer Aktienpakete verhindern. Die mittleren und kleineren Sparer sollen mit Vorrang die Aktien, die im Nennwert von 50 DM ausgegeben werden, erwerben können und dabei sogar gewisse materielle Vorteile genießen. Ferner soll durch das Gesetz sichergestellt werden, daß nicht über die Ausübung des Stimmrechts Machtkonzentrationen gebildet werden. Vor allem sollen juristische Personen nicht in der Lage sein, solche Aktien zu erwerben, und es soll sich um gebundene Namensaktien handeln, die nicht ohne weiteres weiterveräußert werden können. Erhard kündigte schließlich an, daß auch weitere Unternehmen aus dem Staatsbesitz auf diesem Wege in den Besitz weiterer Volksschichten überführt werden sollen.

Synode: Vertrauen zu Dibelius

Maßlose und unwahre Angriffe Pankows zurückgewiesen

Berlin (Eigenbericht). In einer einstimmig angenommenen Vertrauensklärung für Bischof D. Dr. Dibelius hat die 8. Provinzialsynode von Berlin-Brandenburg die beleidigenden und „ebenso maßlosen wie unwahren“ Angriffe zurückgewiesen, die in der Sowjetzonenpresse sowie in Schulen und Betrieben der Sowjetzone gegen den Berlin-Brandenburgischen Landesbischof und Ratsvorsitzenden der EKD erhoben worden sind.

„Man hat sich nicht geschämt“, heißt es wörtlich, „zugleich uns Christen in dem, was uns heilig ist, zu beleidigen.“ Die Synode lasse sich nicht von ihrem Bischof trennen und erwarte, daß auch die zuständigen staatlichen Organe Angriffe dieser Art gegen Bischof und Kirche zurückweisen, um ein sinnvolles Gespräch zwischen Staat und Kirche, wie es wiederholt gewünscht worden ist, nicht unmöglich zu machen.

Die Synode erklärte es ferner für untragbar, daß der Bischof in der persönlichen Ausübung seines Amtes im größten Teil seines Amtsgebietes behindert werde. Sie ersuchte die Pankower Regierung der DDR dringend, solche Behinderungen nicht fortzusetzen.

Einmütige Haltung

In einer ausführlichen Erläuterung zu diesem Synodalbeschluss heißt es, auch die Theologen, die in der Frage des Militärseelsorgevertrages einen anderen Standpunkt einnehmen als die Mehrheit der gesamtdeutschen Synode, zögerten nicht einen Augenblick, die gegen Dibelius gerichteten und mit Gotteslästerungen verbundenen Angriffe zurückzuweisen. Den Bischof, der bereits 1927 in seinem Buch „Friede auf Erden“ gegen eine Kriegsrüstung eingetreten sei, in widerlichen

Karikaturen als wüsten Kriegshetzer darzustellen, sei als eine böswillige Verleumdung anzusehen.

Außerdem forderte die Provinzialsynode den Magistrat von Ostberlin auf, die Behinderung des Religionsunterrichts an den Ostberliner Schulen aufzuheben. In einer entsprechenden Entscheidung wird besonders auf die Magistratsanweisung vom 15. Februar 1956 hingewiesen, in der unter dem Titel „Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozess der demokratischen Schule“ die Erteilung der Christenlehre an den Oberschulen überhaupt verboten und für die übrigen Schulen mit einschneidenden Beschränkungen versehen worden war.

„Notfalls zuerst Atomwaffen“

New York (AP/DPA). Die NATO sei bereit, im Falle eines sowjetischen Angriffs in Europa notfalls zuerst Atomwaffen einzusetzen, auch wenn die Gegenseite davon keinen Gebrauch machen würde, hat der NATO-Oberbefehlshaber, General Norstad, in amerikanischen Fernsehreden erklärt.

Die NATO-Verteidigung Westeuropas basiere auf den Atomwaffen, sagte Norstad.

Die Schaffung einer militärisch „verdünnten“ Zone in Mitteleuropa lehnte der General ebenso ab wie einen gleichzeitigen Abzug der NATO-Streitkräfte aus Westeuropa und der sowjetischen Streitkräfte aus Osteuropa. Norstad verwies darauf, daß die überseeischen NATO-Verbände nach einem Abzug einige Zeit brauchen würden, um wieder nach Europa zu kommen, während für die sowjetischen Streitkräfte die Rückkehr eine Angelegenheit von Stunden sein würde.

Alarm an der Humboldt-Universität

Studenten gemäßregelt — Offizielles Eingeständnis

Berlin (AP). Der Rektor der Ostberliner Humboldt-Universität hat bestätigt, daß Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät seiner Lehranstalt zwangsweise beurlaubt worden sind. Er kündigte gleichzeitig weitere Maßnahmen zur „Ausschaltung“ unbotmäßiger Studenten an.

Die Beurlaubung hat folgende Vorgeschichte: Nach der ungarischen Revolution fordernten Studenten der Veterinär-

medizin die Abschaffung des gesellschaftswissenschaftlichen und des russischen Unterrichts. Der Dekan der Fakultät, Professor Schützlér, konnte damals zwar Maßnahmen größeren Ausmaßes gegen die Studenten verhindern, doch mußte er in der vergangenen Woche seine Vorlesungen wegen „größtenteils Vernachlässigung seiner Erziehungspflicht“ und der „Unterstützung von Provokateuren“ einstellen. Später weigerten sich die 115 Studenten, die Vorlesungen eines anderen Dozenten zu besuchen. Daraufhin wurden alle 122 Studierenden des dritten Studienjahres einstweilig beurlaubt.

Professor Schützlér ist in geflüchtet nach Westberlin geflüchtet.

Kernphysiker tagten in Bonn

Deutsche Atomkommission beriet unter Prof. Heisenberg

Bonn (AP). Die Deutsche Atomkommission unter Vorsitz von Prof. Werner Heisenberg trat im Bundesatomministerium zur Beratung von Fragen der Forschungsförderung zusammen. Der Arbeitskreis, dem die führenden Atomwissenschaftler angehören, nahm gutachtlich Stellung zur geplanten Errichtung neuer kernphysikalischer Institute und Forschungsanlagen.

Im Anschluß an die Sitzung, der auch neun Unterzeichner der „Göttinger Erklärung“ beizuhören, trafen sich die Wissenschaftler noch im privaten Kreise.

Düsseldorf (DPA). Der Hamburger Physiker Prof. Pascual Jordan hat eine Internationale Konferenz namhafter Atomphysiker über die Gefahren der Atombombenexperimente und der Anwendung von Kernwaf-

fen befürwortet. Als Voraussetzung für das Zustandekommen einer solchen Konferenz bezeichnete Prof. Jordan, daß ihre Verlautbarungen in den Heimatländern aller Teilnehmer veröffentlicht werden.

So sind sie wirklich:

Der Radfahrer vom Marx-Engels-Platz

In der Ostberliner Brüderstraße Nr. 6 bis 7 haben sie einen „Präsidenten“ etabliert: Rudi Reichert, Präsident des „Deutschen Turn- und Sportbundes“, der zur Zeit umstrittensten Neugründung der SED. Ganz bewußt hat man diesen jungen Kommunisten an die Spitze eines Unternehmens gestellt, das die Reste freien Sportlebens in der Zone liquidieren soll. Reichert hat seinen Mitkollegen versichert, daß er tatsächlich einmal Sportler war. Um dies zu demonstrieren, werden Ostberliner Bildreporter zur Zeit auf neckische Schnappschüsse angesetzt: Auf dem Rennrad jagt der junge „Präsident“ um die Ehrentribünen des zum Marx-Engels-Platz degradierten Lustgartens, im zünftigen Dreß und Rennfahrertrikot. 100 Meter weiter aber steht der dunkelblaue „Wartburg“, der den Funktionär samt seinem Rad nach Hause bringen wird...

Vorbildlicher Hitlerjunge

Reichert erhebt gar keinen Anspruch, Antifaschist zu sein. So verzichtet die Parteibiographie auf derartige Meriten. Bereits als Hitlerjunge wird der Mecklenburger lobend erwähnt: Er wird „Vorbildlicher Sportler“ seines Gaues und Leiter einer HJ-Sportgruppe in einem Flugzeugwerk. Bei Kriegsende ist er knapp 17 Jahre alt, seine Jugend gilt als Alibi: Die KPD engagiert ihn als Jugendfunktionär, der die Sportler Mecklenburgs für den Kommunismus begeistern soll. Zusammen mit ehemaligen Jungkommunisten gründet er die ersten „Antifaschistischen Jugendausschüsse“, die Partei stellt ihn — den „Nur-Sportler“ — geschickt in den Vordergrund.

Als FDJ-Sekretär auf Rügen macht er Karriere, um 1948 im Auftrage der SED den „Landessportausschuß Mecklenburg“ ins Leben zu rufen. Dann holt man ihn nach Ostberlin. Im „Deutschen Sportausschuß“ fungiert er als offizieller Vertreter der noch auf ihre „Überparteilichkeit“ pochenden FDJ. Als „Staatsamateur“ betreibt er Segelsport, gewinnt auch kleine Meisterschaften, ohne allerdings die gewünschte inter-

RUDI REICHERT



nationale Klasse zu erreichen. Die SED hätte gern einen „internationalen“ Sportchampion in dieser Funktion...

Der Funktionär

Wo sportliche Regatten nicht mehr lohnend erscheinen, stellt man den jungen Reichert nun endgültig in die Bahn des Funktionärs. Er begleitet sowjetzonalen Sportdelegationen zu Verhandlungen nach Westberlin und in die Bundesrepublik, viele verdächtigen ihn — wahrscheinlich sogar zu Unrecht — der Beobachtertätigkeit für den SSD. Aber Reichert ist mehr. Er ist Politrak, sein Veto bringt jede fast angebahnte Einigung zum Sterben. Die westdeutschen und internationalen Gesprächspartner wissen: Es ist sinnlos, in Reicherts Gegenwart zu diskutieren! Nichts erinnert mehr an einen wendigen Sportler, Reichert ist nur noch ein durch

und durch ideologisch verkannter Funktionär.

Die Verhandlungen des Ostberliner „Nationalen Olympischen Komitees“ ziehen sich durch Reicherts störrische Haltung in eine Länge, die jedes Gespräch zur Qual werden läßt. Als Reichert im Herbst 1956 den „Vaterländischen Verdienstorden“ erhält, fragen sich selbst seine Freunde nach dem Grund für eine derartige Dekoration. Aber der FDJ-Zentralrat, dem er jetzt angehört, plant bereits Dinge, die man in Sportkreisen noch nicht für bare Münze nehmen will: FDJ und SED wollen die Vormachtstellung verschiedener einflußreicher „Betriebssportgemeinschaften“ zerschlagen, dem „Nur-Sportler“ will man politische Disziplin diktieren. Tatsächlich haben sich in den Jahren 1955/56 viele derartige BSG nahezu selbstständig gemacht. Ihr Einfluß macht sie fast zu „staatswidrigen Sportvereinen“, niemand wagt etwas gegen sie zu unternehmen, weil aus ihren Reihen jene Spitzensportler kommen, mit denen man in die internationale Arena treten möchte.

Ziel: Staatssport!

Die Tatsache, daß der Staat für den organisierten Sport Millionensummen auswirft, berechtigt die Funktionäre zu der Annahme, ein Sportler müsse Kommunist sein, um Spitzenleistungen zu vollbringen. Den hochgezüchteten „Staatsamateuren“ wirft man nun vor, sie ließen sich von der Regierung aushalten, ohne politischen Dank dafür abzustatten. Der FDJ-Zentralrat spricht in einer offiziellen Erklärung bereits von „unpolitischer Vereinsmeierei“.

Aus dieser Situation heraus wird der „Deutsche Turn- und Sportbund“ geboren, Rudi Reichert tritt an seine Spitze. Er soll den „Staatssport“ organisieren, noch einmal versucht man den längst im Funktionärsdasein Erstarrten „sportlich“ wiederzubeleben. Aber die Radtouren um den Marx-Engels-Platz sind zu närrische Eskapaden. Hinter ihnen vollendet sich die letzte Phase der Verstaatlichung des Sowjetzonen-sports.

120 Mill. Dollar für Nahost

Washington (DPA). Die USA werden den Ländern des Nahen Ostens eine Wirtschaftsförderung und Militärhilfe im Werte von 120 Millionen Dollar gewähren. Diese Mitteilung machte der amerikanische Sonderbeauftragte für die Eisenhower-Doktrin, Richards.

Reimanns Reise in den Kreaml

Politische Schaustellung für die entschlafene KPD

Anfang Mai begab sich eine Delegation des „Zentralkomitees der KPD“ unter Führung Max Reimanns nach Moskau, um — wie es hieß — „Fragen der internationalen Arbeiterbewegung“ und des „innerparteilichen Lebens“ zu diskutieren. Reimann wurde von Christuschow empfangen, und die kommunistische Presse hat sich nach Kräften bemüht, dieses „Ereignis“ würdig zu kommentieren. Was aber ging tatsächlich in Moskau vor? War es nur ein Versuch, die sanft entschlafene westdeutsche KPD noch einmal ins Gespräch zu bringen oder sind die Sowjets tatsächlich der Meinung, die Partei Max Reimanns könne in den kommenden Monaten noch einmal eine politische Rolle spielen?

Fest steht, daß sich gewisse sowjetische Kreise hinsichtlich der Bedeutung dieser Parteinärrischen Illusionen hingegen haben. Einige Dutzend im Ostberliner Exil lebender KP-Funktionäre, von der SED recht unkammeradschaftlich kaltgestellt, laufen den Emissären der Sowjetbotschaft Unter den Linden die Türen ein, um „Unterstützung für den großen nationalen Befreiungskampf“ zu finden. Als die Kommunisten — aus völlig anderen Ursachen — bei den letzten westdeutschen Betriebsrätewahlen einige Mandate erringen konnten, fühlten diese Leute ihre Stunde gekommen: Sie warfen den SED-Organen eine falsche Westpolitik vor, beschwerten sich bitter über ihre eigene Kaltstellung und suggerierten den Sowjets das Phantom einer „kampfberreiten und lediglich schlecht angeleiteten kommunistischen Widerstandsbewegung in der Bundesrepublik“.

Die Macht der Illusion

Wer gewisse Erklärungen des Bonner Sowjetbotschafters verfolgte, wird zu dem Schluß kommen, daß die Sowjets tatsächlich an etwas Ähnliches glauben. Die Macht dieser Illusion veranlaßt sie zu Erklärungen und Handlungen, die dem politischen Betrachter völlig unangebracht, ja zuweilen sogar dumm erscheinen müssen. Hier wurzelt die seltsame Rolle der KPD. Reimanns Mit-Emigranten wissen, daß ihnen die SED im Laufe der letzten Monate Faden um Faden aus der Hand genommen hat, um bereits heute die gesamte „Westarbeit“ ohne Hinzuziehung von KP-Funktionären zu leiten. Wollen diese KP-Leute also noch einmal eine Rolle spielen, müssen sie den Sowjets ihre Unentbehr-

lichkeit beweisen. So gehen gefälschte und zweckoptimistische Situationsberichte via Sowjetbotschaft an den Kreaml, und die Sowjets, die gern auf zwei Pferde gleichzeitig setzen, nehmen vieles davon für ernst. Sie mißtrauen den eigenwilligen Eskapaden Ulbrichts und seiner SED-„Westkommission“ und möchten sich die KP-Emigranten als stille Reserve halten.

Mißtrauen und Angst

Die wenigen noch im Untergrund tätigen westdeutschen Kommunisten werden durch diese Taktik nämlich in Angst und Schrecken versetzt. Plötzlich werden sie von zwei Seiten „angeleitet“, und die Anweisungen jeder Seite sind verschieden. Das geht so weit, daß z. B. die SED allen Hamburger Kommunisten kürzlich eine „Popularisierungskampagne“ für einen bestimmten kommunistischen Funktionär befahl, der als Betriebsrat durchgebracht werden sollte, während die im Ostberliner Exil lebende KP-Führung gerade diesen Mann isoliert wissen wollte. Das Ergebnis: Der Mann wurde — gegen seinen Willen — „durchgebracht“, und die SED erfuhr zu spät, daß dieser Funktionär bereits als Leiter eines illegalen Nachrichtennetzes amtierte. Nun muß der Mann als „Betriebsrat“ fungieren und die Sowjets dürfen fluchend auf ein ganzes konspiratives Netz verzichten.

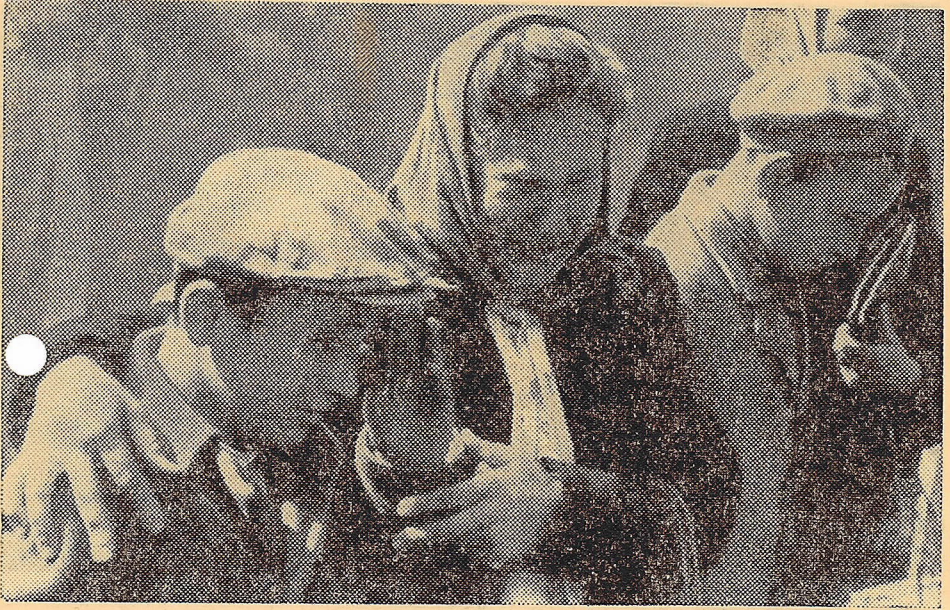
Mißtrauen und Angst sind die Folge solcher Zweigleisigkeit. Es gibt kaum noch Kommunisten, die für die verschiedenen Ostberliner Interessengruppen ihre Haut zu Markte tragen möchten. Dem normalen Betrachter fällt es schwer, sich in

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

diesem Dschungel zurechtzufinden. Er sieht nur, daß die KPD ein Ableger der SED ist und muß annehmen, daß Reimann dem absoluten Weisungsrecht des SED-Zentralkomitees untersteht. Politisch ist dies richtig. Aber die westdeutschen Kommunisten machen heute kaum noch Politik, sondern immer mehr reine Untergrundarbeit. Die politischen Instrumente werden von der Sowjetzone aus bedient. Da ist der sogenannte „Freiheitssender 904“, ein nach dem Ausscheiden der Russen nur noch von Sowjetleuten bedienter illegaler Rundfunksender, der zum Teil verschlüsselte Spionageanweisungen verbreitet. Die gewerkschaftliche Störarbeit in der Bundesrepublik haben bestimmte Stellen des FDGE-Bundesvorstandes übernommen, für die Westpropaganda ist die Agitationsabteilung des SED-Sekretärs Sindermann kompetent. Aber es gibt andere Interessen, als deren Verfechter sowjetische Dienststellen fungieren. Die Aufschlüsselung ist einfach und klar: Die SED hat alle Aufgaben der entschlafenen KPD an sich gerissen, die emigrierten KP-Führer kaltgestellt und treibt diese allmählich in das Netz der Sowjetspionage.



WIEDERSEHEN IN UNGARN. 44 ungarische Kinder, keines älter als 14 Jahre, die während des Volksaufstandes im Herbst vorigen Jahres nach Jugoslawien geflüchtet waren, sind jetzt wieder in ihre Heimat rückgeführt worden. Hier eine Wiedersehensszene zwischen Mutter und Sohn.

Das Junktim bleibt

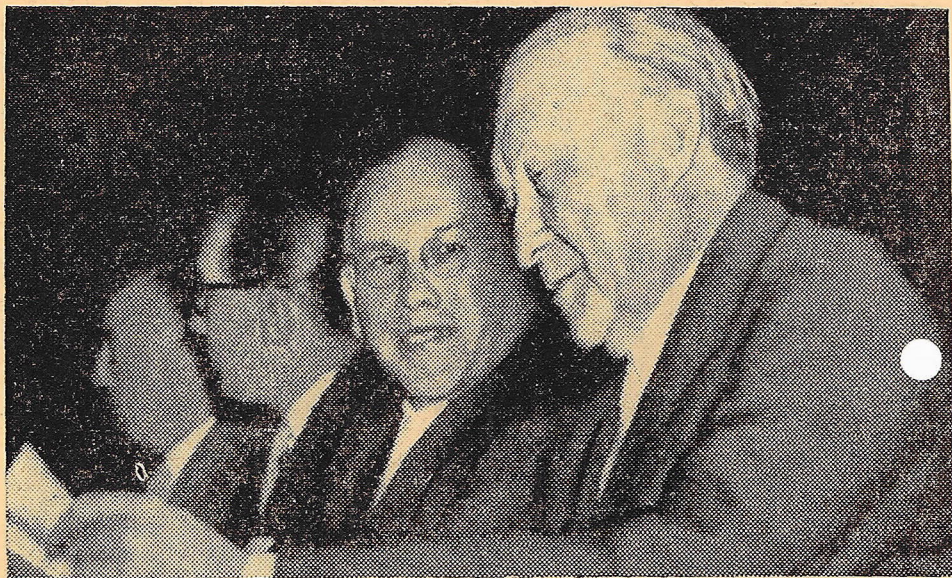
Fortsetzung von Seite 2

Ein aus der gleichen Zeit stammender amerikanischer Vorschlag war im Grunde nur als Arbeitsgrundlage für die Maßnahmen der ersten Phase gedacht. In ihm befand sich bereits die Anregung, ein kleines britisches und amerikanisches Gebiet mit Häfen, Flugplätzen und Eisenbahnknotenpunkten einer gegenseitigen Kontrolle zu unterstellen. Das war als Testfall gedacht, um an einem kleinen Beispiel die Luftkontrolle praktisch zu demonstrieren. Auch hier ist von der gleichzeitigen Lösung politischer Fragen in keiner Weise die Rede. Es war und ist überhaupt die amerikanische Tendenz, die Diskussion der Abrüstungsfrage nur im Rahmen der ihr zugehörigen technischen Maßnahmen zu führen und dabei nicht die großen politischen Fragen aufzuwerfen. Die amerikanischen Sprecher ließen aber nie einen Zweifel darüber, daß der ersten Phase der Abrüstung auch poli-

tische Regelungen folgen müßten. In diesem Sinne hat der amerikanische Delegierte Stassen während der Londoner Abrüstungsverhandlungen vor einem Jahre erklärt, eine Abrüstung ohne Lösung der politischen Fragen sei dem Frieden nicht günstig; ein allgemeines Abrüstungsabkommen ohne politische Regelungen unter denen er auch die Deutschlandfrage nannte, sei deshalb nicht denkbar.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser grundsätzliche Standpunkt Washingtons sich inzwischen geändert hat. Geändert hat sich nicht der grundsätzliche Kurs Eisenhowers, sondern allenfalls der Inhalt, den die USA einer ersten Phase der Abrüstung geben möchten. Man will damit beginnen, daß man in einer Mischung der Pläne Edens, Eisenhowers und Bulganins einen größeren europäischen Raum dem Testversuch einer beiderseitigen Kontrolle unterstellt.

Man glaubt in Washington offenbar, mit einem solchen Versuch vielleicht den besten taktischen Anfang der Abrüstungsprozedur zu finden, um dann Schritt für Schritt weiterzukommen. Niemand hat bisher daran gedacht, an einem solchen Anfang, wie immer er geartet sein mag, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands aufzuwerfen. Niemand von den westlichen Partnern der Abrüstungsverhandlungen hat aber bisher umgekehrt die Bereitschaft gezeigt, einem Gesamtabkommen über die Abrüstung zuzustimmen, wenn nicht auch die großen politischen Fragen ihre Regelung finden. Denn ohne die Lösung der politischen Streitfragen, die zugleich gefährliche nationale Notstände kennzeichnen, kommt es nicht zu jener Entspannung, die den Weg zur Abrüstung ermöglicht. Gegen diese Logik gibt es keinen Einwand. Das Junktim bleibt, das seit langem ein allgemeines Abrüstungsabkommen mit der Wiedervereinigung Deutschlands verknüpft.



BILDER DER WOCHE. Oben: CDU-Parteitag in Hamburg. Bundeskanzler Adenauer im Gespräch mit Bundestagspräsident Gerstenmaier. — Unten: Neuer Doktorhut für Heuss. Am letzten Tag seines Aufenthaltes in der Türkei erhielt der Bundespräsident die Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät der Universität Ankara. Rechts: Rektor Professor Izzet Birant.

